

# Allgemeines Jüdisches Familienblatt

## WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 10 Pf., 3 gespalt. Textzeile 40 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzahlung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigen schluß Dienstag abend. Anzeig.-Gebühr von auswärts werden auf Postcheckkonto, Leipzig Nr. 21690 unter Allg. Jüd. Familienbl. erbet. Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzpreis keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen geht die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:  
Allgemeines Jüdisches Familienblatt  
Leipzig, Gerberstraße 48/50 - Telefon 21516  
Postscheckkonto Nr. 21690  
Erscheint jeden Freitag. - Redaktionsschluß Dienstag mittags  
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich 2.40 M. vierteljährlich exkl. Bestellgeld. Sirellband-Bezug für Deutschland, Oesterreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 M. monatlich, für das übrige Ausland 1.50 M. Bestellungen nehmen entgegen die Hauptgeschäftsstelle Leipzig: Gerberstraße 48/50, M. W. Kaufmann, Buchhandlung, Leipzig, Brühl; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Straße 26; Dresden, Weinsäckerstraße Nr. 10, sowie Chemnitz, M. Laufer, Kasernenstraße Nummer 8

**Neueste Frühjahrs-Stoffe**  
sind eingetroffen



**Kodes**  
NEUMARKT 3

In Leipzig  
C 1, Petersstraße 14 (Singerhaus)  
S 3, Südstr. 26  
W 31, Zschochersche Str. 24  
N 22, Halleische Str. 97  
O 30, Eisenbahnstr. 84



**Singer**  
Nähmaschinen  
MIT MOTOR U. NACHLICHT  
Bekannteste Zahlungsbedingungen  
SINGER NÄHMASCHINEN  
KONTINGENTGESellschaft

**VARIÉTÉ DREI LINDEN**  
März 1929  
Ein Triumphzug internationaler Artistik!  
**Alberty-Truppe**  
Luftsensation 16 Meter über dem Zuschauerraum  
**Charlie**  
Der musikalische Seelöwe  
Beide Akte gänzlich neu für Leipzig  
Anfang 20 Uhr

**Chronik der Woche**  
Ein Jude stellvertretender Regierungspräsident.  
Berlin. Regierungsrat Dr. Bier ist zum stellvertretenden Regierungspräsidenten von Köln ernannt worden. Dies dürfte wohl der erste Fall sein, daß ein Jude in eine derartige Staatsstellung aufgerückt ist. (Jta.)  
Rabbiner Dr. Jonas Bondi, Mainz, gestorben.  
Berlin. In Mainz verstarb am Donnerstag der Rabbiner Raw, Rabbiner Dr. Jonas Bondi. Der Verstorbene stand in ganz Deutschland und über Deutschland hinaus wegen seiner großen Gelehrsamkeit und seiner vornehmen Persönlichkeit in hohem Ansehen.  
Buttmann fordert Numerus clausus für Bayern.  
München. Im Bayrischen Landtag führte der Sozialist Dr. Högner Klage über das Ueberhandnehmen des Hakenkreuzertums an bayrischen Hochschulen. Der Nationalsozialist Dr. Buttmann forderte den Numerus clausus für jüdische Studierende an bayrischen Universitäten.

**Königin Maria für Wiederaufbau des Jassyer Altersheims.** Bukarest. Königin Maria von Rumänien spendete 50 000 Lei für den Wiederaufbau des durch Brand völlig zerstörten jüdischen Altersheims in Jassy. (Jta.)

**Prof. Heinrich Loewe zweiter stellvertretender Vorsitzender der Berliner Repräsentantenversammlung.** Berlin. Die Berliner Repräsentantenversammlung wählte in ihrer letzten Sitzung Herrn Prof. Dr. Heinrich Loewe zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden. (Jta.)

**Die Wiener Philanthropin Charlotte Königswarter gestorben.** Wien. Im Alter von 88 Jahren verstarb die Philanthropin Charlotte Königswarter, Gattin des verstorbenen berühmten jüdischen Bankiers Baron Moritz Königswarter und Tochter des Barons Wertheimstein. Sie war die Stifterin des Wiener jüdischen Waisenhauses und tat sich besonders in den Hilfsaktionen des Roten Kreuzes hervor.

**Ansteigen der Keren-Hajessod-Eingänge.** Jerusalem. Bei den Eingängen für den Keren Hajessod im Monat Februar ist ein beträchtliches Ansteigen gegenüber den früheren Monaten zu verzeichnen. Im Februar gingen beim Hauptbureau des Keren Hajessod an Spenden 37 158 Pfund ein. Im Januar betragen die Eingänge 30 990 Pfund. Im Dezember v. J. gingen 34 300 Pfund, im November 27 682 Pfund, im Oktober 21 061 Pfund ein.

**Keine jüdische Einwanderungsquote in Kanada.** Paris. Die Direktion von HIAS-JCA-EMIGDIRECT teilt der JTA mit, daß die Nachricht, der jüdische Immigrantenhilfsverein in Kanada, der den HJCEM angeschlossen ist, hätte eine spezielle Quote für 5000 jüdische Einwanderer nach Kanada für das Jahr 1929 erlangt, den Tatsachen nicht entspricht. Es wurde bis jetzt eine spezielle Quote für jüdische Einwanderer nicht bewilligt.

**Der erste Einstein-Hain.** Berlin. Bei dem Berliner Komitee für Schaffung eines Einstein-Waldes in Palästina sind bereits mehr als 1000 Baumspenden eingelaufen, so daß die Anlage des ersten Hains (1000 Bäume) bereits gesichert ist. Die Urkunde über diesen ersten Einstein-Hain wurde dem Gelehrten an seinem 50. Geburtstag, am 14. März, übermittelt. Der Einstein-Wald wird aus 10 Hainen (10 000 Bäume) bestehen. (Jta.)

**Konferenz der jüdischen Bauern des Rayons Kalinindorf.** Moskau. Die zweite Konferenz der Räte des autonomen jüdischen Kreises Kalinindorf befaßte sich mit dem Arbeitsplan für das kommende Jahr. Die Regierung hat dem Rayon 55 000 Pud Getreidesaat, 20 000 Pud Kartoffelsaat zur Verfügung gestellt. In diesem Jahre werden 19 500 Hektar angebauet werden. Der Rayon besitzt 2086 Pferde, 13 Traktoren (36 weitere Traktoren werden demnächst eingestellt werden). Die Traktoren arbeiten 20 Stunden im Tag. 200 Gespanne werden jene Wirtschaften bedienen, die keine Pferde besitzen. In das neue Exekutivkomitee wurden 25 Personen gewählt. (Jta.)

**Baldige Freilassung Halsmanns?** Wien. Der Verteidiger Halsmanns, Dr. Preßburger, erklärte Pressevertretern, er hoffe, man werde Halsmann bald aus dem Gefängnis entlassen, ohne daß es noch zu einem neuen Prozeß vor dem Innsbrucker Schwurgericht kommen werde. Wahrscheinlich werde die Innsbrucker Staatsanwaltschaft gar nicht wieder die Mordanklage gegen Halsmann erheben, nachdem die Begründung des Nichtigkeitsurteils des Wiener Kassationshofes für Halsmann sehr entlastend ausgefallen ist.

**Begrüßung der Mauretania-Gäste in Haifa.** Jerusalem. Die jüdische Gemeinde von Haifa gab zu Ehren der mit dem Dampfer „Mauretania“ eingetroffenen jüdisch-amerikanischen Touristen ein Bankett, bei dem Vertreter der Zion. Exekutive, der Gemeinde, des Technikums und der Handelskammer die Gäste sehr warm begrüßten. Der Vizepräsident der kanadischen Zion. Organisation, Gelber, gab die Versicherung ab, daß die Juden der Neuen Welt sich ihrer Aufgabe als die Nachhut des Judentums, die die Vorhut, den Hechalutz, zu decken hat, bewußt seien. Das amerikanische Judentum wird alles tun, um die palästinensische Front zu stärken. (Jta.)

## Minderheiten

Von Karl Baum

Ueber die Genfer Komödie ist der Vorhang gefallen. Wir bleiben im wiederbefeuchteten Zuschauerraum sitzen, mit dem bitteren Geschmack auf den Lippen von Menschen, die das Gefühl haben, das Lustspiel, das man in England, Frankreich, Polen, Litauen und anderswo viel belacht hat — und in das Lachen stimmt auch manch einer ein, der es nur tut, weil es sich nicht paßt, in guter Gesellschaft abzustecken — an einem ernstesten Element, an einem wichtigen Problem ihres Tages unernst gerüttelt, es verzerrt hat. Mit diesem Unbehagen sind auch wir Juden fortgegangen, die wir die stillen und doch verinteressiertesten Beobachter dieser Minderheitenkonferenzen sind — es fröstelt ein wenig, denn wir und die anderen, die klein sind, weil sie nicht zu großen Haufen siedeln, haben bei diesem Schauspiel — das es für uns nun in der Erinnerung bleiben wird — zu tief in die Zusammenhänge gesehen. Und dieser Blick stimmt etwas pessimistisch.

Dem Völkerbundsrate lagen diesmal — und er war wohl vorbereitet darauf — Anträge von seiten des kanadischen und des deutschen Vertreters vor, die die Verwirklichung der durch den Völkerbund übernommenen Bürgschaften für die wahre Erfüllung des Minderheitenschutzes und der Minderheitenrechte und eine Reformierung des Beschwerdeverfahrens der Minderheiten vor dem Völkerbunde fördern wollten.

Für uns, die wir in fast allen Staaten der Welt in der Situation von Minderheiten leben, ist es interessant, zu untersuchen, aus welchen Motiven, ob aus ethischen und solchen wahrhafter Ueberzeugtheit, oder anderen, diese Vorschläge zweier im Raum soweit voneinander entfernten Staaten, die diesmal zueinanderstanden, abgelehnt wurden. Klar ist, daß sie in der Sache berechtigt sind. Denn die europäischen Minderheiten der meisten Staaten haben sich, obzwar sie wahrhaftig keine utopischen Wünsche haben und durchaus das Bewußtsein, die Zeit und Entwicklung als Faktor in der Verwirklichung der Minderheitenrechte müßten berücksichtigt werden, allen Ernstes nicht über die Klarheit ihrer Lage, die Sorglosigkeit ihrer Zukunft und die Unbeschwertheit ihrer Gegenwart zu beklagen. Sie gehen alle unter einer schweren Last und wissen, daß die Wirklichkeit in Europa dem Wunschtraum, den es nach Beendigung des Krieges träumte, und der in den Staatsverträgen und in der neuen Geisteshaltung der europäischen Politik eine Zeitlang seinen Ausdruck fand, nicht nachgekommen ist. Der Völkerbund darf aber kein majestätischer Areopag bleiben, dessen Mitglieder verdauend abwarten, bis eine Minderheit Beschwerde führt. Die eine Gruppe der Anträge wollte ihm eine gewisse Beweglichkeit geben. Dadurch wäre er sicher nicht zur Rolle eines reisenden Kontrollieurs herabgesunken, den man mit der Prüfung der Einhaltung der internationalen Verpflichtungen betraut hat. Aus eigener Initiative hätte er Einblick erhalten in die Bedingungen, unter denen Nationensplitter in Europa da und dort leben, Bedingungen, die das in ihnen aufsteigende Gefühl von der „Gefährdung ihres kulturellen Schicksales“ gerechtfertigt erscheinen lassen und hätte erkannt bzw. schon früher wissen müssen, daß es der Minderheit nicht immer möglich ist, Beschwerde zu führen, ohne sich innerpolitisch in eine noch schwierigere Situation zu begeben. Den meisten der gegen die Anträge sturmelaufenden Staaten kann es auf den Kopf zugesagt werden, daß es den bei ihnen wohlwollend beherbergten Minderheiten unmöglich ist, Beschwerde an dieser internationalen Stelle zu